

Stand: 20.04.2026 06:32:47

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/456

"Bericht zu den Missbrauchsvorfällen an der Hochschule für Musik und Theater München"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/456 vom 28.02.2019
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/933 des WK vom 20.03.2019
3. Beschluss des Plenums 18/1611 vom 10.04.2019
4. Plenarprotokoll Nr. 15 vom 10.04.2019



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Anna Toman, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Bericht zu den Missbrauchsvorfällen an der Hochschule für Musik und Theater München

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst umgehend, spätestens jedoch bis Ende des ersten Quartals 2019, mündlich und schriftlich über folgende Themenkomplexe zu berichten:

- die weitere Aufarbeitung der Missbrauchsvorfälle an der Hochschule für Musik und Theater München (HMTM);
- die Arbeit und bisherige Ergebnisse der dazu an der HMTM eingesetzten Kommission;
- die Suspendierung des Kanzlers der HMTM und die gegen ihn erhobenen disziplinarrechtlichen Vorwürfe betreffend der Auszahlung von Geldern an Siegfried Mauser.

Begründung:

Die Kommission zur Begutachtung der Strukturen und Abläufe an der HMTM im Hinblick auf einen Schutz vor sexueller Gewalt und Belästigung wurde im vergangenen Juni einberufen. Im September hat sie ihre Arbeit aufgenommen. Die Staatsregierung möge über die bisherigen Beratungen und Ergebnisse der Kommission berichten.

Zudem wurde vor wenigen Tagen bekannt, dass der Kanzler der HMTM aufgrund disziplinarrechtlicher Vorwürfe derzeit suspendiert ist. Offenbar geht es dabei um zu Unrecht ausgezahlte Gelder im Zusammenhang mit dem Fall Siegfried Mauser. Die Staatsregierung möge hier den Sachstand sowie ihre Einschätzung als Aufsichtsbehörde darlegen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan
u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 18/456

**Bericht zu den Missbrauchsvorfällen an der Hochschule für Musik und Theater
München**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass die Wörter „bis Ende des ersten Quartals 2019, mündlich und“ durch die Wörter „vor der Sommerpause 2019,“ ersetzt werden.

Berichterstatlerin: **Verena Osgyan**
Mitberichterstatlerin: **Kerstin Radler**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 8. Sitzung am 20. März 2019 beraten und einstimmig mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.

Robert Brannekämper
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Anna Toman, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 18/456, 18/933

Bericht zu den Missbrauchsvorfällen an der Hochschule für Musik und Theater München

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst umgehend, spätestens jedoch vor der Sommerpause 2019 schriftlich über folgende Themenkomplexe zu berichten:

- die weitere Aufarbeitung der Missbrauchsvorfälle an der Hochschule für Musik und Theater München (HMTM);
- die Arbeit und bisherige Ergebnisse der dazu an der HMTM eingesetzten Kommission;
- die Suspendierung des Kanzlers der HMTM und die gegen ihn erhobenen disziplinarrechtlichen Vorwürfe betreffend der Auszahlung von Geldern an Siegfried Mauser.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 3)

Ich bitte, die Plätze wieder einzunehmen, weil wir eine Abstimmung haben. Wir stimmen über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge ab, die gemäß § 59 Absatz 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 3)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU, die GRÜNEN, die FREIEN WÄHLER, die AfD, die SPD und die FDP. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Nun die Frage an die fraktionslosen Abgeordneten. – Sie sind nicht im Raum. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Bevor ich die Beratung der Dringlichkeitsanträge aufrufe, gebe ich Ihnen bekannt, dass die Fraktionen übereingekommen sind, beim letzten Tagesordnungspunkt – das ist der Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Natascha Kohnen, Florian von Brunn und anderer (SPD) betreffend "Endlich Rechtssicherheit für Mieterinnen und Mieter – Bayerische Mieterschutzverordnung sofort neu erlassen!" auf Drucksache 18/319 – auf eine Aussprache zu verzichten. Damit wird der Antrag nach den Dringlichkeitsanträgen aufgerufen. Es wird ohne Aussprache darüber abgestimmt.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
- (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
- (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
- (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
- (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 20. März 2019 (Vf. 4-VII-19) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
 1. des Art. 2 Nrn. 2 und 3 des Gesetzes über Landtagswahl, Volksbegehren, Volksentscheid und Volksbefragung (Landeswahlgesetz – LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Juli 2002 (GVBl. S. 277, ber. S. 620, BayRS 111-1-I), das zuletzt durch § 8 des Gesetzes vom 12. Juli 2017 (GVBl. S. 362) geändert worden ist,
 2. des Art. 2 Nrn. 2 und 3 des Gesetzes über die Wahl der Gemeinderäte, der Bürgermeister, der Kreistage und der Landräte (Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz – GLKrWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. November 2006 (GVBl. S. 834, BayRS 2021-1/2-I), das zuletzt durch § 1 des Gesetzes vom 22. März 2018 (GVBl. S. 145) geändert worden ist,
 3. des Unterlassens des Gesetzgebers, allen Bürgern, die aufgrund ihrer Behinderung das Stimm-/Wahlrecht nicht ausüben können, dies mit Hilfe eines gesetzlichen Vertreters zu ermöglichen, wenn es ihrem Willen nicht widerspricht

PII/G-1310.19-0003
Drs. 18/1541 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.
- II. Der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung ist unzulässig.
- III. Der Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit ist hinsichtlich Ziffern 1 und 2 im Schreiben des Verfassungsgerichtshofs vom 20. März 2019 begründet, hinsichtlich Ziffer 3 ist der Antrag unzulässig.

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Steuerhindernisse für vermietete Werkwohnungen abbauen
Drs. 18/343, 18/1487 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Barbara Becker, Dr. Ute Eiling-Hütig u. a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Sprachtests für Mediziner evaluieren
Drs. 18/362, 18/1485 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild u. a. und Fraktion (SPD)
Grundschulabitur endlich abschaffen – Übertrittsverfahren neu regeln
Drs. 18/381, 18/1484 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen,
Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Fachkräfte für die Pflege: Anerkennungsverfahren für ausländische
Fachkräfte zentralisieren
Drs. 18/382, 18/1486 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Arif Taşdelen,
Stefan Schuster u. a. SPD
Lkw-Parken in Wohngebieten
Drs. 18/389, 18/1547 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Annette Karl,
Diana Stachowitz u. a. SPD
„Crowdworker“ in Bayern
Drs. 18/445, 18/1490 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

